

PRESSEMEDLUNG

**Keine Schonkost für Apotheken**

**(Frankfurt, 28.01.2010-BVDA) Mit Unverständnis reagiert der Bundesverband Deutscher Apotheker (BVDA) auf die jüngsten Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden Renate Künast „Bündnis 90/Die Grünen“.**

Künast hatte dazu aufgerufen die Ausgaben für Arzneimittel zu prüfen und unterstellt, den öffentlichen Apotheken werde „Schonkost serviert“ So müsse bei Apotheken „gegengesteuert“ werden, um Kosten zu senken.

Apotheker Thomas Hieble, Vizepräsident des BVDA, vermutet, dass Künast nicht informiert sei, dass Apotheken keinerlei Einfluss auf Arzneimittelpreise hätten. Der Apothekenanteil am Gesamtpreis eines Medikamentes sei bereits zu Zeiten der rot-grünen Regierungskoalition auf drei Prozent des Herstellerpreises gesenkt worden, hinzu käme lediglich ein Fixzuschlag. Dies gelte für alle verschreibungspflichtigen Arzneimittel.

Hieble fragt Künast, inwieweit angesichts dieser Tatsache von Schonkost gesprochen werden könne und rät, sich zunächst einmal über gesetzliche Vorgaben kundig zu machen, insbesondere wenn man diese selbst beschlossen habe. Zudem hätten die, maßgeblich unter rot-grüner Verantwortung durchgepeitschten Gesundheitsreformen bereits jetzt viele Apotheken zur Aufgabe gezwungen. Dies sei das Ergebnis, welches die Politik den Apotheken serviert habe.

Zudem sei Künast offenbar auch nicht darüber informiert, daß eine Kosten-Nutzenbewertung, welche Arzneimittel zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen verordnet werden dürften, schon vor einigen Jahren, ebenfalls unter rot-grüner Verantwortung, eingeführt worden. Künasts Forderung nach Prüfung könne daher als haltlos bezeichnet werden. Der BVDA zeige sich verwundert, dass Künast den Ärzten offenbar unterstelle „viele zu teure, sinnlose, oft riskante Arzneimittel“ zu verordnen.

Der BVDA rät Renate Künast kranke Menschen nicht aus parteipolitischem Eigennutz zu verunsichern und mit dem gebotenen Augenmaß und der erforderlichen Sachkenntnis Oppositionsarbeit zu betreiben. „Den Holzhammer soll Frau Künast auf anderen Gebieten auspacken. Wenn es sich um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger handelt, ist der Vorwurf „betrügerische Absicht“ haltlos und verfehlt, so Hieble. Zudem bietet der Verband der Fraktionsvorsitzenden Gespräche an, um sie sachlich und realistisch zu informieren. Bedauerlich sei, dass in der Vergangenheit diese Fraktion solche Gesprächsangebote weitestgehend ausgeschlagen habe.